

Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot zurückgeben!

Genderhinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

An alle Bieter

Besondere Bewerbungsbedingungen für das Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gem. § 17 VgV

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH (im Folgenden „GSI“, Vergabestelle oder „Auftraggeber“) führt ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gem. § 17 VgV, § 119 Abs. 5 GWB für die Ausschreibung „[32/2600035544 Gesamtsystem aus 3 Hochfeldsolenoiden mit Eisenjoch](#)“ nachfolgenden Bedingungen durch:

0. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Nach Erhalt der Vergabeunterlagen hat der Bewerber diese auf Vollständigkeit zu überprüfen. Sind die Vergabeunterlagen unvollständig oder enthalten sie nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber unverzüglich den Auftraggeber vor Abgabe des Teilnahmeantrags über das DTVP darauf hinzuweisen.

A. Teilnahmewettbewerb

1. Bestandteile des Teilnahmeantrags

HINWEIS: Klarstellend hebt die Vergabestelle hervor, dass die Begriffe „Bewerber“, „Bieter“, „Anbieter“ und „Auftragnehmer“ jeweils dieselbe (juristische) Person bezeichnen; „Bewerber“ heißt es in der Regel im Teilnahmewettbewerb, „Bieter“ in der Angebotsphase. Die „Bewerbergemeinschaft“ und die „Bietergemeinschaft“ werden ebenfalls synonym verwendet; der Übersichtlichkeit halber findet sich in

Geschäftsführung:
Prof. Dr. Thomas Nilsson
Dr. Katharina Stummeyer
Jörg Blaurock

Vorsitzende des GSI-Aufsichtsrats:
Ministerialrätin Dr. Andrea Fischer

Sitz: Darmstadt
Amtsgericht Darmstadt HRB 1528

VAT-ID: DE 111 671 917
Landesbank Hessen/Thüringen

IBAN DE56 5005 0000 5001 8650 04
BIC HELA DE FF

den weiteren Unterlagen nur der Begriff „Bietergemeinschaft“, auch wenn es um den Teilnahmewettbewerb geht.

Folgende von der GSI mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter sind als Bestandteil des Teilnahmeantrags bei der Vergabestelle ausgefüllt einzureichen:

- Dokument „1_Eignung_Suitability Solenoid.docx“

Wenn der Bieter die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) gem. § 50 VgV einreicht, müssen ergänzend zunächst nur die folgenden der oben genannten Formblätter beigelegt werden:

- Formblatt Unternehmensdarstellung (ausgefüllt, wegen der zusätzlich abgefragten Daten)
- Formblatt zu Verstößen gegen das SchwarzArbG, das AEntG, das AufenthG sowie gegen das MiLoG
- Formblatt Berufshaftpflichtversicherung

Ergänzend weist GSI darauf hin, dass in diesem Fall jedes Mitglied der Bietergemeinschaft und auch jeder Nachunternehmer eine EEE ausfüllen muss.

Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter sind – in Abhängigkeit vom Teilnahmeantrag – vollständig auszufüllen. Die Nichtvorlage bzw. unvollständige Vorlage der geforderten Unterlagen sowie wissentlich falsche Erklärungen können zum Ausschluss des Bewerbers von der Teilnahme am Wettbewerb führen. GSI behält sich eine einmalige Nachforderung von Unterlagen innerhalb einer im Nachforderungsschreiben festzusetzenden Frist gemäß § 56 VgV vor. Die Bewerber können sich auf eine Nachforderung aber nicht verlassen. Letztendlich unvollständige Teilnahmeanträge werden ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 VgV).

Bewerber dürfen dem Teilnahmeantrag keine eigenen Vertragsbedingungen zugrunde legen. Änderungen an den Vergabeunterlagen (beispielsweise Streichungen oder Ergänzungen in den zur Verfügung gestellten Unterlagen an dafür nicht vorgesehenen Stellen) sind unzulässig und führen zum Ausschluss vom weiteren Verfahren, § 57 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3 VgV.

Zur Information liegen den Vergabeunterlagen folgende Dokumente bei:

- Detailed Specification „Solenoidsystem of GHIISI“ (bestehend aus den in der Angebotsaufforderung und im Vertrag nochmals aufgelisteten Spezifikationen – bei Widersprüchlichkeiten ist die Listung im Vertrag rechtsverbindlich.)
- Unterlagen zur Angebotsphase (Angebot/Cost Breakdown/Vertrag/Angebotswertungskriterien)

Diese Unterlagen sind nicht auszufüllen und nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Insbesondere die Unterlagen zur Angebotsphase dienen lediglich der Information und sind nicht auszufüllen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Sollten in der 1. Phase des Verfahrens (Teilnahmewettbewerb) bereits Angebote eingereicht werden, kann dies zum Ausschluss des Bewerbers führen.

2. Frist für die Abgabe des Teilnahmeantrags

Die in der Bekanntmachung genannte Frist für die Abgabe der Teilnahmeanträge ist unbedingt einzuhalten. Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge werden vom Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 VgV).

3. Anforderungen an die Form des Teilnahmeantrags

Die Vergabestelle akzeptiert die Abgabe der Teilnahmeanträge allein elektronisch in Textform.

Hinweis – Elektronisch in Textform

Die Übermittlung der Teilnahmeanträge in elektronischer Form erfolgt fristgerecht über den Vergabemarktplatz DTVP (Deutsches Vergabeportal).

URL: <http://www.dtv.de/Center/>

Die von der GSI bereitgestellten Formblätter und sonstigen auszufüllenden Dokumente können

- entweder in der Rubrik „auszufüllende Dokumente“ online im Bietertool ausgefüllt werden oder
- zusammen mit den weiteren vom Bieter separat zu erstellenden Bestandteilen des Teilnahmeantrags bzw. Angebots (Konzepte oder Erläuterungen etc.) lokal

ausgefüllt bzw. erstellt und sodann sämtlich in der Rubrik „Eigene Dokumente“ hochgeladen werden.

Die Bieter sollen jedoch nicht die Formblätter online ausfüllen und nochmals separat hochladen, da hierbei Übertragungsfehler geschehen können und der Aufwand auf beiden Seiten erhöht wird.

Zur Wahrung der Textform gemäß § 126b BGB bei der Abgabe der Teilnahmeanträge müssen die Bieter nachfolgende Angaben machen:

- Bei natürlichen Personen ist der vollständige Name (Vor- und Nachname) zu nennen (Name der erklärenden Person im Formblatt Teilnahmeantrag).
- Bei juristischen Personen und Handelsgesellschaften und Gesellschaften sind der Firmenname zu nennen und die Rechtsform. Darüber hinaus ist der vollständige Name des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin zu nennen, der/die für die Firma den Teilnahmeantrag abgibt (Name der erklärenden Person im Formblatt Teilnahmeantrag). Das Einfügen eines Firmenlogos reicht nicht aus.
- Bei Bietergemeinschaften ist als erklärende Person im Sinne von § 126b BGB der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin des federführenden Mitglieds im Teilnahmeantrag zu benennen, der/die für die Bietergemeinschaft den Teilnahmeantrag abgibt; im Übrigen ist das Formblatt „Erklärung Bietergemeinschaft“ einzureichen.

Zu beachten ist, dass bei elektronischer Einreichung die Textform des § 126b BGB im Vergaberecht nur eingehalten ist, wenn die Teilnahmeanträge über die Vergabepattform verschlüsselt übermittelt werden (vgl. die Information zur eVergabe). Die Einreichung des Teilnahmeantrags per E-Mail genügt nicht.

Bei fehlerhaften / unvollständigen Angaben, welche die oben genannten Formvoraussetzungen verletzen, werden die Teilnahmeanträge ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 VgV).

4. Kommunikation mit den Bewerbern

Die Kommunikation mit den Bewerbern erfolgt über die Ausschreibungsplattform des DTVP. Fragen sind über das DTVP an die GSI zu übermitteln und werden über das DTVP beantwortet. Mündlich bzw. telefonisch gestellte Fragen zu den Unterlagen oder dem Auftragsgegenstand werden nicht beantwortet; mündlich bzw. telefonisch erteilte Antworten sind nicht verbindlich.

5. Sprachen

Verfahrens- und Vertragssprache ist Deutsch. Die Vergabeunterlagen sind ggf. teilweise in Deutsch und Englisch verfasst, Spezifikationen und technische Anlagen teilweise auch nur in Englisch. Bei Dokumenten, die in Deutsch und Englisch verfasst sind, ist allein die deutsche Fassung verbindlich; die englische Version dient in diesem Fall nur dem besseren Verständnis für ausländische Bieter. Im Falle von Abweichungen zwischen der deutschen Version und der englischen Übersetzung gilt der deutsche Originaltext.

Wenn der Bewerber dem Teilnahmeantrag Eignungsnachweise in einer anderen Sprache beifügt, sind deutsche Übersetzungen mit einzureichen.

B. Angebotsphase

1. Verfahrenshinweise

GSI wird nach Ablauf der Abgabefrist für die Teilnahmeanträge diese auf Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen sowie auf die Erfüllung eventuell in der Bekanntmachung festgelegter Mindestanforderungen überprüfen. Auch nach einer eventuellen Nachforderung noch unvollständige Teilnahmeanträge, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. *Alle Bewerber, die mit dem Teilnahmeantrag ihre Eignung im Sinne von § 122 GWB nachgewiesen haben, wird die GSI zur Abgabe eines Angebots in der zweiten Phase (Angebotsphase im Verhandlungsverfahren) auffordern.*

In der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird auch die verbindliche Frist für die Abgabe der Angebote benannt werden. Verspätet eingegangene Angebote werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

GSI wird die Erstangebote auf Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen sowie auf die Erfüllung eventuell in der Bekanntmachung festgelegter Mindestanforderungen überprüfen. GSI wird überdies die Wirtschaftlichkeit der angebotenen Preise prüfen und die Angebote anhand der Zuschlagskriterien (s.u.) vorläufig bewerten.

GSI behält sich gemäß § 17 Abs. 11 VgV ausdrücklich vor, bereits auf der Grundlage der Erstangebote den Auftrag zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Die zum Ablauf der Abgabefrist abgegebenen Erstangebote sind daher bereits bindend.

Sollte Verhandlungsbedarf bestehen und daher der Zuschlag nicht bereits auf die Erstangebote erteilt werden, wird der Auftraggeber anschließend über die Erstangebote und eventuelle Folgeangebote mit den Bietern verhandeln (nur nicht über die Mindestbedingungen und die Zuschlagskriterien), je nach Bedarf in einer oder mehreren Runden. GSI behält sich vor, die Verhandlungen nur mit den drei Bietern zu führen, deren Erstangebote im Rahmen der vorläufigen Bewertung die höchste Punktzahl erhalten haben.

Am Ende der Verhandlungen wird GSI den noch am Verfahren beteiligten Bietern eine einheitliche Frist zur Abgabe der finalen Angebote setzen; über diese finalen Angebote wird GSI wiederum anhand der festgelegten Zuschlagskriterien entscheiden, ohne nochmals zu verhandeln. GSI weist darauf hin, dass der Zuschlag auf einen konkret verhandelten Vertrag erfolgen kann, dessen konkrete Regelungen sich von den mit anderen Bietern endverhandelten Verträgen durchaus unterscheiden kann.

Die allgemeinen Verfahrenshinweise aus Teil A. dieser Bewerbungsbedingungen zu Sprache und Form der Teilnahmeanträge, der Mitteilung von Unklarheiten, zur Kommunikation, zu Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmern etc. gelten für die Erstellung und Abgabe der Angebote in Phase 2 entsprechend. Etwas anderes gilt nur, sofern die Regelungen der Natur der Sache nach nur für Teilnahmeanträge gelten können oder im Folgenden oder in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots ausdrücklich abweichende Regelungen für die Angebote enthalten sind.

Auch in Phase 2 gilt: Alle mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter und Vorlagen sind vollständig auszufüllen. Die Preisangaben haben auf dem Angebotsformblatt zu erfolgen und in dem Cost Breakdown erläutert zu werden. Bieter dürfen ihrem Angebot keine eigenen Vertragsbedingungen zugrunde legen. Änderungen an den Vergabeunterlagen (beispielsweise Streichungen oder Ergänzungen in den zur Verfügung gestellten Unterlagen an dafür nicht vorgesehenen Stellen) sind grundsätzlich unzulässig. Die Nichtbeachtung der vorstehenden Vorgaben führt zum Ausschluss des Angebots aus dem Vergabeverfahren, §§ 53, 57 VgV.

Da die Phase 2 dieses Verfahrens ein Verhandlungsverfahren ist, dürfen die Bieter Änderungsvorschläge zum Vertragsentwurf unterbreiten.

Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit und Transparenz sind diese Änderungen jedoch in einer Tabelle zusammenzustellen und entsprechend zu kennzeichnen. Nimmt ein Bieter an den Unterlagen Änderungen vor, ohne diese eindeutig zu kennzeichnen, kann er vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

2. Angebotsbestandteile

Alle über das DTVP zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen bilden die Basis für das Angebot.

Folgende dem Bieter mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Unterlagen sind als Bestandteil des Angebotes bei der Vergabestelle einzureichen:

- 2_Angebot_Offer Form Solenoid.docx (ausgefüllt)
- 3_Cost Breakdown Solenoid.xls (ausgefüllt)
- 4_ Minimum requirements for the supplies and the tender coils_2026.docx (ausgefüllt)

Folgende Unterlagen sind von dem Bieter zusätzlich zu erstellen und mit dem Angebot ebenfalls bei der Vergabestelle einzureichen:

- Erläuterungen zum Angebot
Der Bieter fügt dem Angebot ein Dokument bei, indem er den Gesamtangebotspreis sowie den angebotenen Leistungsumfang detailliert erläutert. Die in der Leistungsbeschreibung geforderten Angaben sind zu belegen.
Unter Berücksichtigung der Angebotswertungskriterien Siehe Dokument CSX – 42 Angebotswertungsmethoden und -kriterien.pdf
- Ggf. Tabelle mit Änderungsvorschlägen zum Vertrag
- Ggf. Erklärung, dass Zollltarifnummern noch nicht bestehen

Folgende Unterlagen sind ebenfalls Bestandteil des Angebots, verbleiben jedoch beim Bieter:

- Vertrag
- Leistungsbeschreibung (bestehend aus den in der Angebotsaufforderung und im Vertrag nochmals aufgelisteten Spezifikationen – bei Widersprüchlichkeiten ist die Leistung im Vertrag rechtsverbindlich.)
- VOL/B in der aktuellen Fassung

Der Bieter hat mit dem Angebot sämtliche einschlägigen Zollltarifnummern der angebotsbestandteiligen Leistungen gesondert zu benennen. Sind diese noch nicht vorhanden, hat er dies stattdessen der Vergabestelle im Angebot mitzuteilen. Die Vergabestelle behält sich vor, die Zollltarifnummern einmalig nachzufordern. Ein Anspruch des Bieters hierauf besteht jedoch nicht. Der Bieter kann bei Nichtbenennung vorhandener Zollltarifnummern von dem Verfahren ausgeschlossen werden.

Hinweis: Schutzzoll auf Stahlerzeugnisse

Unter Verweis auf die Durchführungsverordnungen (EU) 2018/1013 der Kommission vom 17. Juli 2018 zur Einführung vorläufiger Schutzmaßnahmen betreffend die Einführung bestimmter Stahlerzeugnisse und 2019/159 der Kommission vom 31. Januar 2019 zur Einführung endgültiger Schutzmaßnahmen gegenüber Einfuhren bestimmter Stahlerzeugnisse, insb. der dort dargelegten Erwägungsgründe, weist die Vergabestelle auf Folgendes hin:

Die Bieter informieren die Vergabestelle im Rahmen der Angebotsabgabe darüber, dass beide oder auch nur eine der Verordnungen im Falle des Zuschlags zur Anwendung kommen würden. Auf die Möglichkeit eines befreiten Kontingents kommt es nicht an. Sollte der Bieter dies entgegen der hiermit bestimmten Pflicht nicht tun, kann er von dem Verfahren ausgeschlossen werden. Sollte der Vergabestelle nach Zuschlag bekannt werden, dass ein solcher Pflichtverstoß vorgelegen hat, ist diese berechtigt, nach alleinigem Ermessen und ohne Einhaltung einer Frist von dem Vertrag zurück zu treten, ohne dass dadurch etwaige Haftungsansprüche gegenüber dem Auftragnehmer entstünden.

Es bleibt den betroffenen Bietern nachgelassen, mittels Ursprungszeugnis mit der Angebotsabgabe nachzuweisen, dass der Schutzzoll gem. der Verordnungen nicht einschlägig ist.

3. Form und Frist

Die Vorgaben zur Form der Teilnahmeanträge (Teil A. Ziffer 3) gelten auch für die Einreichung der Angebote. Die in der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannte Frist für die Abgabe der Angebote ist unbedingt einzuhalten. Verspätet eingegangene Angebote werden vom Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

4. Zuschlagskriterien / Angebotsauswertung

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die zur Wertung zugelassenen Angebote werden anhand der Zuschlagskriterien mit der entsprechend angegebenen Gewichtung gewertet.

Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und Transparenz hat der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien festgelegt:

Zuschlagskriterien	Gewichtung	Punkte
Gesamtangebotspreis	30 %	Wertungsmethode, siehe unten
Leistungskriterien (LK)	70 %	Wertungsmethode, siehe unten

Siehe Dokument CSX – 42 Angebotswertungsmethoden und -kriterien.pdf

Im Folgenden wird erläutert, nach welchen Maßstäben die festgelegten Zuschlagskriterien gewertet werden:

4.1 Gewichtung der Zuschlagskriterien

Die Wertung erfolgt nach der Preis-Quotient Methode. Preis und Leistung werden mit den o.g. Gewichtungsfaktoren versehen. Die Preis-Quotient-Methode lässt sich wie folgt darstellen:

$$Z = G(\text{Leistung}) * L(\text{Angebot}) + G(\text{Preis}) \frac{L(\text{best}) * P(\text{niedrigst})}{P(\text{Angebot})}$$

Die einzelnen Formelbestandteile sind wie folgt definiert:

$Z(\text{Angebot})$ = Gewichtete Punktzahl für Preis-Leistungs-Bewertung des zu bewertenden Angebots

$G(\text{Leistung})$ = Gewichtungsfaktor für die Leistungskriterien des zu bewertenden Angebots laut Tabelle oben

$L(\text{Angebot})$ = Gesamtpunktzahl der Leistungskriterien des zu bewertenden Angebots als Referenzwert

$G(\text{Preis})$ = Gewichtungsfaktor für den Gesamtangebotspreis des zu bewertenden Angebots laut Tabelle oben

$L(\text{best})$ = Bester Gesamtpunktwert der Leistungskriterien der wertbaren Angebote

$P(\text{niedrigst})$ = Niedrigster Gesamtangebotspreis der wertbaren Angebote

$P(\text{Angebot})$ = Gesamtangebotspreis des zu bewertenden Angebots

4.2 Zuschlagskriterium „Gesamtangebotspreis“

Im Rahmen des Zuschlagskriteriums „Gesamtangebotspreis“, welches mit 30 % in die Bewertung einfließt, werden die Preisangaben wie folgt berücksichtigt:

Zur Abgabe des preislichen Angebots ist das [Angebotsformblatt inkl. Cost-Breakdown](#) auszufüllen, dessen Vorgaben im Angebotsformblatt selbst und in der Leistungsbeschreibung näher ausgeführt sind.

Der Wertungspreis setzt sich zusammen aus:

$(\text{Hauptauftrag Gesamtsumme} \times \text{Gewichtung}) + (\text{Option Gesamtsumme} \times \text{Gewichtung}) = \text{Wertungspreis}$.

Der Wertungspreis dient nur dazu, die Angebote miteinander zu vergleichen - Vertragsbestandteil sind ausschließlich die im Cost-Breakdown eingetragenen Einzelpreise.

4.3 Bewertungsmaßstab für die Leistungskriterien

Für jedes geforderte Leistungskriterium werden bei den inhaltlichen Vorgaben im Folgenden Fragen und Aspekte aufgelistet, die – je nach Kriterium – konzeptionell oder anhand technischer Beschreibungen etc. erarbeitet werden sollen. Für die Erreichung der einzelnen Punktstufen gelten dabei folgende Zielerreichungsgrade:

[Siehe Dokument CSX – 42 Angebotswertungsmethoden und -kriterien.pdf](#)

Die Ergebnisse der einzelnen Leistungskriterien werden anhand der bekanntgemachten Gewichtung zu einer gewichteten Gesamtpunktzahl für die Leistungskriterien des Bieters verrechnet (s.o. Tabelle). Dabei werden die Angebote mit den Angeboten anderer Bieter verglichen und bewertet.

4.4 Inhaltliche Vorgaben für die Leistungskriterien

[Siehe Dokument CSX – 42 Angebotswertungsmethoden und -kriterien.pdf](#)

5. Nebenangebote, § 35 VgV

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

6. Gewerbliche Schutzrechte, § 53 Abs. 8 VgV

Sollten für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sein, ist das in den Erläuterungen zum Angebot anzugeben. Sollte ein Bieter erwägen, Angaben aus dem Angebot zum Gegenstand

einer Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu machen, ist das in den Erläuterungen zum Angebot deutlich anzugeben.

7. Hinweis für Wirtschaftsteilnehmer aus Drittstaaten, die keine internationale Übereinkunft mit der EU im Bereich des öffentlichen Auftragswesens geschlossen haben

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass sie sich vorbehält, Wirtschaftsteilnehmer aus Drittstaaten, die keine internationale Übereinkunft mit der EU im Bereich des öffentlichen Auftragswesens geschlossen haben, zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens – auch ohne die Angabe von Gründen – auszuschließen. Dies umfasst auch Bietergemeinschaften, an denen mindestens ein solcher Wirtschaftsteilnehmer beteiligt ist. Es betrifft jedoch nicht Fälle, in denen ein solcher Wirtschaftsteilnehmer nur als Subunternehmer geplant ist.

8. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfe, sonstige Hinweise

Die zuständige Nachprüfungsbehörde ist die

Vergabekammer des Bundes

Villemombler Straße 76

53123 Bonn

Tel.: 0228 9499-0

Fax: 0228 9499-163

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Internet: <http://www.dundeskartellamt.de/SharedDocs/Kontaktdaten/DE/Kontaktdaten/DE/Vergabekammern.html>

Der Bewerber / Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags (und später ggf. seines Angebots), die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, deutlich zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens gegebenenfalls von einer Zustimmung auf Einsicht in seine Unterlagen ausgehen (§165 Abs. 3 GWB). Die GSI ist als Vergabestelle bei der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens dazu verpflichtet, die Vergabeakten der Vergabekammer sofort zur Verfügung zu stellen (§ 163 Abs. 2 Satz 3 GWB).

Bewerber / Bieter haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieterschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber (§ 97 Abs. 6 GWB). Sieht sich ein am Auftrag interessierter Bewerber / Bieter durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb von zehn Kalendertagen bei der GSI zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB).

Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe der Bewerbungen (bzw. Angebote) gegenüber der GSI geltend gemacht werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 - 3 GWB).

Teilt die GSI dem Bewerber / Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der o.g. Vergabekammer zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertrage nach Absendung dieser Information durch die GSI geschlossen werden. Bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist zehn Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch die GSI. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Zuschlag möglich, auch wenn eine Frist nach § 160 Abs. 3 GWB noch nicht verstrichen sein sollte. Ein Nachprüfungsantrag müsste daher zur Verhinderung eines Zuschlags vor Ablauf der Frist nach § 134 GWB der GSI durch die Vergabekammer zugestellt worden sein.

Die Unwirksamkeit einer Beauftragung kann gemäß § 135 Abs. 1 und 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information über den Vertragsabschluss, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Informationen gemäß Art. 13 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung erhalten Sie unter:

www.gsi.de/datenschutzhinweise

GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH